
FORUM: Den Frieden bewahren

Helmut Schmidt: Zur aktuellen Sicherheits- und Friedensdebatte

Helmut Schmidt, geboren 1918, ist seit 1974 Bundeskanzler.

Über Frieden und seine Sicherung, über den Abbau von Spannungen zwischen Ost und West, über internationale Zusammenarbeit, über Rüstung und Abrüstung ist in unserem Land eine weitgespannte Diskussion, mitunter sogar ein aufgewühlter Streit entbrannt. Davon sind die Parteien erfaßt - obgleich die Opposition so tut, als berühre sie das Thema nicht —, die Kirchen, nicht zuletzt auch die Gewerkschaften. Wer in Staat und Politik Verantwortung trägt, ist von der Frage nach dem rechten Weg zur Sicherung des Friedens sehr ernst belastet.

Heinz-Oskar Vetter ist vorbehaltlos zuzustimmen, wenn er für den Deutschen Gewerkschaftsbund erklärt: „Wir wissen sehr genau, daß alle unsere Bemühungen um mehr Freiheit und mehr soziale Gerechtigkeit umsonst wären, wenn wir den Frieden nicht erhalten könnten.“ So sagte er es am 20. April 1980 auf der sicherheitspolitischen Informationstagung der SPD-Fraktion in Köln. Er hat zum Ausdruck gebracht, daß wir große Anstrengungen unternehmen müssen, um in einer Zeit erheblicher Gefahren für den Frieden die bestehenden Konfliktherde einzudämmen und beiderseitige Rüstungsbegrenzung zustande zu bringen.

Es ist der feste Wille der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien, gerade in einer Zeit eines gewandelten internationalen Klimas die Politik des Ausgleichs und der Zusammenarbeit über Grenzen hinweg durch zielstrebige Verhandlungen über Rüstungskontrolle und Abrüstung zu verstärken. Eine solche Politik wird unterstützt durch breiteste Bevölkerungsschichten. Jeder, der sich Sorgen um die Fortsetzung einer Politik der Friedenssicherung, der Entspannung in Europa macht, kann sich darauf verlassen, daß die Bundesregierung ihre Anstrengungen für die Sicherung des Friedens nur um so entschiedener fortsetzen wird, wenn diese Bemühung Belastungen ausgesetzt wird, die wir nicht zu verantworten haben. Ich denke dabei vor allem an die von uns nicht provozierte hundertfache Aufstellung von modernen sowjetischen Mittelstreckenraketen. Diese Raketen und ihre Mehrfachsprengköpfe sind auch auf unser Land, auf unsere Städte gerichtet. Und es ist wahr: Die NATO hat derzeit diesen sowjetischen Waffen in Europa nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen.

Militärisches Gleichgewicht hat fundamentale Bedeutung

In der Arbeit zur Stabilisierung des Friedens hat die Stabilisierung des militärischen Gleichgewichts zwischen Ost und West eine fundamentale Bedeutung. Denn einseitige Übergewichte können friedensgefährdende Wirkungen haben. Ohne ein ungefähres Gleichgewicht der militärischen Möglichkeiten auf beiden Seiten — das reicht von den interkontinentalen strategischen Waffen über die Mittelstreckenraketen bis zu den konventionellen Streitkräften - sind Verträge zwischen Ost und West über die Begrenzung der Rüstung nicht denkbar. Niemand kann einen Vertrag verhandeln und anschließend zur Ratifikation bringen, der Ungleichgewicht schafft oder rechtlich festschreibt. Keine Macht wird ihre Waffen verschrotten, wenn die andere Seite nicht gleichzieht.

Ich habe die sowjetische Führung bei mehrfacher Gelegenheit vor den unvermeidbaren Folgen einer Aufstellung von immer mehr modernen Raketen auf ihrer Seite gewarnt. So auch beim Besuch des sowjetischen Generalsekretärs Breschnew in Bonn im Mai 1978. Wir haben damals eine gemeinsame Erklärung unterschrieben, in der ausdrücklich gesagt wird: „Beide Seiten betrachten es als wichtig, daß niemand militärische Überlegenheit anstrebt. Sie gehen davon aus, daß annähernde Gleichheit und Parität zur Gewährleistung der Verteidigung ausreichen.“

Dies hieß doch, daß Gleichgewicht als Voraussetzung realistischer Rüstungskontrolle im Prinzip unbestritten war. Aber trotz meiner eindringlichen Hinweise, trotz jener gemeinsamen Erklärung hat die sowjetische Führung danach vor allem die Aufstellung moderner Mittelstreckenraketen fortgeführt und beschleunigt. Der Doppelbeschluß der NATO war anderthalb Jahre später die zwangsläufige Antwort; die sowjetische Führung war davon keineswegs überrascht.

Der sogenannte Doppelbeschluß sieht zweierlei vor:

1. Vorbereitung der Einführung neuer amerikanischer Mittelstreckenwaffen in Europa als Gegengewicht gegen die neuen sowjetischen SS 20-Mittelstrecken-Raketen;
2. es werden parallel dazu der Sowjetunion Verhandlungen über die Begrenzung der Mittelstreckenwaffen beider Seiten angeboten.

Ich habe gesagt und wiederhole: Wenn die Führung der Sowjetunion in diesen Verhandlungen dazu gelangt, daß sie ihre gegen uns gerichteten neuen SS 20-Raketen abbaut, dann gibt es eine Chance zu der so oft berufenen „Null-Lösung“, also dem Verzicht auf Aufstellung neuer Systeme durch die USA. Ich schließe also die Null-Lösung nicht aus!

Es war über längere Zeit die Sorge vieler Menschen, daß es zu Verhandlungen nicht kommen werde. Diese Sorgen mußten wir durchaus ernst nehmen, obwohl ich mir sicher war, daß die Sowjets aus Eigeninteresse verhandeln würden — auch wenn sie zunächst anders redeten. Ich bin im Sommer 1980 mit Außenminister Genscher

nach Moskau gefahren. Wir haben die Sowjets davon überzeugt, daß es zu Verhandlungen keine Alternative gebe. Das Ergebnis: Die sowjetische Führung hat mir und Außenminister Genscher klare Zusagen über Verhandlungen mit den USA zum Thema Mittelstreckenraketen gegeben. Willy Brandt hat durch seine Reise mit Hans-Jürgen Wischniewski nach Moskau in diesem Sommer einen wertvollen Beitrag zum Ost-West-Dialog geleistet.

Es hat - nach dem Präsidentenwechsel in USA - skeptische Stimmen in bezug auf den amerikanischen Verhandlungswillen gegeben. Präsident Reagans Brief an mich im Juli 1981 sollte nunmehr unter diese Zweifel endgültig einen Schlußstrich gesetzt haben.

Unserer Einwirkung in Richtung nach Ost und West ist also maßgeblich zu verdanken, daß es heute über die Bereitschaft beider Weltmächte zur Aufnahme ernsthafter Verhandlungen zwecks Begrenzung der Mittelstreckenwaffen in Europa keinen Zweifel mehr geben kann. Allerdings ist bisher leider viel Zeit vertan worden.

Die Bundesrepublik wird in diesen Verhandlungen zwar nicht unmittelbar Partner sein, aber wir wirken voll mit durch die besondere Beratungs- und Arbeitsgruppe, die auf unser Verlangen in der NATO für alle Fragen des Verhandlungsteils des NATO-Doppelbeschlusses gebildet worden ist. Dementsprechend haben Präsident Reagan und ich am 22. Mai dieses Jahres in Washington gemeinsam erklärt, daß „substantielle und wirkungsvolle Konsultationen“ eine der Grundlagen der Beziehungen zwischen Westeuropa und den USA bilden.

Ich will in diesem Zusammenhang auf einen wichtigen Punkt verweisen, der nicht in Vergessenheit geraten darf: Wir haben 1974 den Atomsperrvertrag ratifiziert. Dieser Vertrag bindet nicht nur uns, sondern der Vertrag verpflichtet zugleich die Atomkräfte, ihre nukleare Rüstung zu begrenzen! Die Bundesregierung hat nicht versäumt, die Erfüllung unseres Anspruchs aus jenem Verträge anzumahnen.

Mit dem gleichen Ernst, mit dem wir die Sowjetunion darauf hinweisen, daß die Nachrüstung auf westlicher Seite weder aufgegeben noch aufgeschoben werden kann, wenn die Sowjets auf ihrer Vorrüstung beharren, werden wir ebenso deutlich machen, daß es nicht Ziel des Westens sein kann, militärische Überlegenheit anzustreben. Es bleibt dabei: Wir wollen in Europa militärisches Gleichgewicht auf möglichst niedrigem Niveau erreichen. Wir wollen tun, was in unserer Kraft steht, um unserem Kontinent und seinen Völkern einen Raketenwettlauf zu ersparen. Ich sage dies mit großem Nachdruck!

Mißverständnisse und Legenden

Gänzlich unbegründet ist dagegen der gelegentlich geäußerte Vorwurf, die Bundesregierung sei unter dem Druck einer neuen amerikanischen Politik bereit, den

Nachrüstungsteil des NATO-Doppelbeschlusses zu Lasten des Verhandlungsteils einseitig zu bevorzugen. Wir sollten uns auch nicht von jedem Wort beirren lassen, das über den Atlantik zu uns gelangt; das hat Präsident Reagan in seinem Brief an mich unterstrichen.

Wenn der CSU-Vorsitzende Franz-Josef Strauß sich auf seinem Parteitag im Juli unverblümt gegen den NATO-Doppelbeschluß mit dem Hinweis ausgesprochen hat, eigentlich käme es nur auf den Nachrüstungsteil an, so darf niemand die Bundesregierung damit identifizieren. Da vor Ende 1983 eine Aufstellung neuer amerikanischer Waffen ohnehin technisch nicht möglich und nicht vorgesehen ist, so darf ebensowenig einer sagen, die zwei Jahre vorher beginnenden Verhandlungen hätten keinerlei Chance, uns eine neue Rüstungsrunde zu ersparen. Wer die Verhandlungen nicht will, kann sehr großen Schaden anrichten. Wer sie im Vorwege unterhöhlt, kann auch erheblichen Schaden verursachen.

Das Gesamt-Problem bewegt viele Menschen. Ich habe im Juni während des Evangelischen Kirchentages in Hamburg erlebt, wie stark das Engagement der dort Versammelten in Sachen des Glaubens, wie groß aber auch die Betroffenheit in Fragen des Friedens ist. Frieden ist ein Grundwert!

Das Gemeinschaftserlebnis der Friedenssehnsucht, wie es zum Beispiel der Kirchentag für manche Teilnehmer mit sich gebracht hat, darf die vielfältigen Dimensionen der Friedens-Aufgabe nicht verdecken. Wenn wir Deutschen uns von einem der beiden gleichgewichtigen Teile des Doppelbeschlusses abwendeten — was sollte dann noch die sowjetische Seite dazu bewegen, über Rüstungsgleichgewicht im Bereich eurostrategischer Waffen zu verhandeln, und ihre auf uns gerichteten Raketen abzuwracken? Ungeduld und Mißtrauen gegen die eigene Seite sind ebenso gefährlich wie Verharmlosung der beträchtlichen Vor-Rüstung der anderen Seite.

Politik des Ausgleiches und der Zusammenarbeit

Die kommenden beiden Jahre, die ab Herbst 1981 für Verhandlungen zunächst zur Verfügung stehen, werden belegen, daß die Bundesregierung im Rahmen des im atlantischen Bündnis Möglichen alles tun wird, um die Bedrohung Mitteleuropas zu vermindern, um zu militärischem Gleichgewicht auf möglichst niedrigem Niveau zu gelangen, um die Politik des Ausgleiches und der Zusammenarbeit fortzusetzen. Zuletzt Ende Juli 1981 in Ottawa habe ich unsere Partner sehr nachdrücklich auf die hohe Bedeutung hingewiesen, welche für uns die Erhaltung und der Ausbau unserer Wirtschaftsbeziehungen zum Osten haben — einschließlich des Zuganges zu sowjetischem Erdgas. Wir denken nicht daran, die deutsch-sowjetische wirtschaftliche Zusammenarbeit einzuschränken — sie ist für beide Seiten gleichermaßen nützlich und sie dient zugleich dem gegenseitigen Verständnis.

Die sozial-liberalen Regierungen haben trotz mancher Rückschläge in Sachen Friedenssicherung und Zusammenarbeit viel erreicht. Wir haben das Handlungsfeld der Entspannungspolitik — von den Gewaltverzichtsverträgen über das Berlin-Abkommen bis hin zu Helsinki — für das deutsche Volk erschlossen. Wir haben Zusammenarbeit auf vielen Gebieten hergestellt. Wir reden miteinander, nicht nur Propaganda beherrscht das Gespräch. Und wir haben auf dem langen Weg, den wir seit 1969 beschritten haben, sehr viel mehr über die Zusammenhänge von Friedenspolitik gelernt, als wir vorher gewußt hatten: Wesentliche Grundlage langfristiger Friedenssicherung ist ein Entspannungsprozeß, der das politische Klima verbessert und durch vertragliche Regelungen aller Art - auch durch ausschließlich vertrauensbildende Zwecksetzung auf militärischem Felde — das Gefühl der eigenen Sicherheit vor militärischer Bedrohung festigt. Man darf bei alledem das Gewicht der Erinnerung nicht vergessen, das für die Völker der Sowjetunion und Osteuropas immer noch der Einmarsch deutscher Truppen hat, der jetzt schon vierzig Jahre zurück liegt.

Aus dem schmalen Weg, auf dem vor einem Dutzend Jahren das Neuland der Ostpolitik betreten wurde, ist eine breite zweispurige Straße geworden — auch wenn noch viele Fragen ungelöst sind. Das zeigte sich deutlich, als nach ihrem unrechtmäßigen Einmarsch in Afghanistan die Sowjetunion sichtbare Anstrengungen unternahm, die Politik des Ausgleichs und der Zusammenarbeit in Europa vor Schaden zu bewahren. Immer noch haben wir in Europa ein Klima, das Rüstungsbegrenzung und Rüstungskontrolle möglich macht. Zwar gibt es böse Scharfmacher auf beiden Seiten. Sie gefährden das Erreichte — man darf auf sie nicht hereinfallen.

Nur eine Politik der Zusammenarbeit und des Dialogs macht es möglich, Standpunkte und Argumente der anderen Seite kennen und verstehen zu lernen und gemeinsame Interessen zu definieren. Deshalb ist es gut, daß der sowjetische Generalsekretär zugesagt hat, in diesem Jahr erneut nach Bonn zu kommen, um unseren Gedankenaustausch fortzusetzen. Wir stehen uns in manchen Fragen gegenüber, vor allem aber stehen wir im Gespräch miteinander. Ein gutes Beispiel für die Fortschritte seit 1969: Noch vor zehn Jahren wäre es wohl nicht denkbar gewesen, daß auch Staaten des Westens die Volksrepublik Polen in bedeutendem Umfang wirtschaftlich und finanziell unterstützen - die Bundesrepublik Deutschland am meisten! —, weil *beide* Seiten den Faktor Polen im Ost-West-Verhältnis stabilisiert sehen möchten.

Friedenssicherung — eine weltweite Aufgabe

Wer die Bewahrung des Friedens allein auf nukleare Rüstungskontrolle und Abrüstung der beiden Weltmächte verengte, der würde erfahren, daß Sicherheit und Frieden ihm unter den Händen weggleiten können. Rüstungsbegrenzung in Mitteleuropa ist nur ein Teilbereich im Bemühen um die Festigung des Friedens. Der Friede der Welt ist auch bedroht

- durch gefährliche Brandherde, wie wir sie gleich mehrfach im Nahen und Mittleren Osten erleben;
- durch blutige Bürgerkriege, wie z. B. kürzlich in Uganda und heute in El Salvador und Kambodscha, welche die internationale Politik tangieren;
- durch Hochrüstung vieler Länder der Dritten Welt bis hin zur Schwelle von Atomwaffen;
- durch gewaltsame Mißachtung der Souveränität schwächerer Staaten wie im Falle Afghanistans.

Auch die durch Ölpreisverteuerung und hohes Zinsniveau bewirkte wirtschaftliche Schwäche vieler Staaten kann die Arbeit für den Frieden gefährden, wenn ihnen nicht rechtzeitig geholfen wird. Die große Belastung, die der Nord-Süd-Konflikt - oftmals durch Ost-West-Polarisierung überlagert — für unsere Sicherheit und die weitere Stabilisierung des Friedens bedeutet, haben inzwischen viele erkannt; dazu hat zweifellos der Bericht beigetragen, den Willy Brandt als Vorsitzender der „Nord-Süd-Kommission“ vorgelegt hat. Die Notwendigkeit, echte Bündnisfreiheit und Unabhängigkeit der Entwicklungsländer zu unterstützen und sie zugleich in das internationale Wirtschaftssystem zu integrieren, habe ich auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Ottawa im Juli zu einem der Diskussionsschwerpunkte gemacht; in der Schlußerklärung haben wir gemeinsam festgestellt, daß wir die Stabilität, Unabhängigkeit und echte Nichtgebundenheit der Entwicklungsländer unterstützen. Das wird seinen Niederschlag im Oktober auf dem Nord-Süd-Gipfel von Cancun in Mexiko finden müssen. Aber auch die Sowjetunion muß sich endlich an der Entwicklungshilfe beteiligen.

In Europa ist es bislang gelungen, die Politik des Ausgleichs und der Zusammenarbeit nicht abreißen zu lassen, obwohl diese Politik durch die Besetzung Afghanistans erheblich belastet worden ist. Aus unserer europäischen Erfahrung fühlen wir uns gedrängt, drohende Konflikte auch außerhalb Europas durch Verhandlungen lösen zu helfen, ehe sie den allgemeinen Frieden stören; Namibia ist in dieser Hinsicht gegenwärtig eine der wichtigsten Aufgaben.

Im geschärften Bewußtsein all dieser Gefahren und aufgrund besserer Verständigung durch häufige Konsultationen ist bei den Führern der großen demokratischen Industriestaaten auch das Bewußtsein ihrer Verantwortung deutlich gewachsen. Dies gilt auch für uns Deutsche.